



Miltalbad
Tagblatt
Enztalbote Wildbader Zeitung
Amtsblatt und Anzeiger für Wildbad
und das obere Enztal

Erscheint täglich, ausgenommen Sonn- und Feiertage. Bezugspreis monatlich 1.20 RM. frei ins Haus geliefert; durch die Post bezogen im In- und Ausland monatlich 1.60 RM. Einzelnummer 10 Pf. - Großabnahme...
Verlag u. verantw. Schriftleitung: Theodor Graf, Wildbad i. Sgw., Wilhelmstr. 26, Tel. 479. - Wohnung: Villa Hubertus

Nummer 18

Preis 470

Montag den 23. Januar 1933

Preis 470

68. Jahrgang.

Von der Osthilfe

Im Haushaltsausschuß des Reichstags wurde am Freitag die Durchführung der Osthilfe besprochen. Reichsernährungsminister v. Braun erklärte sich bereit, im Ausschuß jede gewünschte Auskunft zu geben, Einzelfälle können jedoch nur vertraulich behandelt werden. Ueber die Osthilfe bestche eine Fülle von Berordnungen, durch die sich nur ein Eingeweihter zurechtfinden könne. Auch die Regierung wünsche eine größere Uebersichtlichkeit. Ob es jedoch möglich sein werde, das ganze Osthilfswesen in einem einzigen Gesetz zusammenzufassen, lasse sich im Augenblick noch nicht sagen. Die Rückertentfaltung wird mit größter Beschleunigung lediglich aus Reichsmitteln durchgeführt. Nach dem Zweck des Sicherungsverfahrens umfaßt der Sicherungsschutz nicht nur den landwirtschaftlichen Betrieb, sondern das gesamte sonstige Vermögen des Betriebsinhabers. Dieser ist verpflichtet, sein sonstiges Vermögen für die Zwecke der Entschuldung zur Befriedigung der Gläubiger zur Verfügung zu stellen. Beim Reichskommissar und den Landstellen gibt es insgesamt 820 Köpfe. Von den 800 Köpfen der Industriebank entfällt die größere Hälfte auf die landwirtschaftliche Umschuldung. Die Zahl der Treuhänder wird auf mindestens 8-9000 veranschlagt.

In der Osthilfe arbeitet also eine gute Feldmarschall-Division. Das ist zweifellos eine schwere Belastung. Namentlich bei dem Heer der Treuhänder steht die Arbeit nicht in allen Fällen mit der Höhe der Kosten im richtigen Verhältnis und es sind Bemühungen im Gange, diese Kosten abzubauen.

Ministerialdirektor Reichard stellte fest, daß sich im Entschuldungsverfahren insgesamt 72 531 Betriebe befinden, von denen 12 470 entschuldet worden sind. Wegen Entschuldungsunfähigkeit und aus sonstigen Gründen sind 20 249 Betriebe ausgeschlossen. Der voraussichtliche Finanzbedarf für die noch nicht umgeschuldeten Betriebe ist schwer zu schätzen, er ist aber nach oben begrenzt mit den 600 Millionen aus der Industrieumlage.

Endgültig erledigt durch restlose Auszahlung sind von den 12 000 umgeschuldeten Fällen 4705 mit einem Betrag von rund 40 Millionen Mark. Die übrigen rund 8000 sind von der Industriebank insoweit erledigt, als sie zur Auszahlung angewiesen sind. Es ist jetzt hier eine Beschleunigung erreicht. An Siedlungsträger sind bis jetzt 59 nicht sanierungsfähige Betriebe mit einer Fläche von 23 452 ha. übergegangen. Die aus dem Betriebsversicherungsfonds bisher aufgewandten Mittel betragen rund 73 Millionen Mark, von denen 27 Millionen als Vorschüsse gegeben wurden. Die Verwaltungsausgaben betragen im Jahr 1930 etwa 755 000 Mark, im Jahr 1931 etwa 1,6 Millionen und 1932 bis Ende Dezember 2,2 Millionen, was insgesamt bisher einen Betrag von 4,6 Millionen ergibt, aus dem die Kosten des Reichskommissariats und der Landstellen bestritten werden. Die Treuhänder werden aus den Betrieben selbst bezahlt, der größte Teil arbeitet ehrenamtlich. Für die Uebnahme von Amerika-Anleihen wollte man ursprünglich größere Mittel zur Verfügung stellen. Das hat sich aber auf die Dauer nicht als möglich erwiesen. Tatsächlich sind in 52 Fällen rund 9 1/2 Millionen Amerika-Schulden für 5 1/2 Millionen Mark erworben worden. Zunächst müssen die kleinen Betriebe umgeschuldet werden. Bei den Betrieben, die durch die Unwetterschäden des Jahres 1932 entschuldungsunfähig geworden sein können, handelt es sich um gewisse Kreise in Ostpreußen und Oberschlesien, im wesentlichen um kleine Bauern, für die die nötigen Anordnungen bereits getroffen sind. Bezüglich der Erneuerungskredite 1933 schweben noch Verhandlungen mit den Kreditinstituten. Es gibt in der Osthilfe nichts zu verheimlichen und die Regierung hat ein Interesse, daß völlige Klarheit herrscht. Allen Beschwerden wird nachgegangen. Die Zahl der bisherigen Beschwerden beträgt aber bei den insgesamt 72 000 Fällen noch nicht 100.

Die Verschiebung des Reichstags

Der Standpunkt der Reichsregierung

Berlin, 22. Jan. Der Vorkonferenzrat des Reichstags hat, wie bereits gemeldet, auf Antrag des Zentrumsabgeordneten Dr. Bell-Essen den Zusammentritt der Vollversammlung vom 24. auf den 31. Januar verschoben; die Tagesordnung will der Vorkonferenzrat am 27. Januar festlegen. Ein nationalsozialistischer Antrag, die Einberufung dem Reichspräsidenten (Höring) anheimzugeben - was nach der bekannten Sachlage eine Verschiebung um weitere 4 bis 6 Wochen bedeuten hätte - wurde gegen die Stimmen der Antragsteller abgelehnt.

Staatssekretär Brand erklärte im Namen der Reichsregierung, daß diese es nach wie vor im Interesse der politischen Beruhigung des Landes und seiner wirtschaftlichen

Tagespiegel

Der Reichstagsausschuß für Auswärtiges hat seine Beratungen am Samstag noch nicht zu Ende führen können, er wird am Donnerstag wieder zusammenzutreten. Die Abstimmung über verschiedene nationalsozialistische Anträge über Ostfragen, Danzig usw. wurde zurückgestellt.

Die deutsche Abordnung zur Abrüstungskonferenz ist am Samstagabend nach Genf abgereist.

Auf einer Reichsgründungsfeier des Stahlhelm in Magdeburg wandte sich Reichsanwalt a. D. von Papen in seiner Rede gegen den Vorwurf, er sei ein Knecht der Unternehmer und des Finanzkapitals. Dazu sagte er, so erklärte Papen wörtlich, ich gehöre innerlich keiner deutschen Partei an. Mein Herz gehört einzig und allein meinem Lande. Ich halte vor allem das internationale anonyme Großkapital, das zwischen den Ländern hin- und hergeschoben wird. Die Konzerne und Trustbildungen sind ein Krebsgeschwür für das allgemeine Wohl und reißt für eine grundsätzliche Reform. Ebenso halte ich die klassenkämpferische Front des Unternehmertums und der Gewerkschaften. Der neue Staat wird nur mit dem deutschen Hand- und Kopfarbeiter gemeinsam aufgebaut werden können. Keine Zeit ist zu verlieren, den Zusammenschluß des deutschen Volks zu vollziehen.

Die Staatsanwaltschaft 1 Berlin hat auf Grund einer Anzeige gegen den Direktor Knöpfke von der Junkfunde ein Ermittlungsverfahren eingeleitet. Knöpfke wird beschuldigt, während

Seiner Tätigkeit für dringend erforderlich halte, die politische Lage möglichst bald unzweideutig zu klären. Der Haushalt könne sobald nicht vorgelegt werden. Wenn der Reichstag noch eine Frist von einer Woche dazu benutzen wolle, die Wehrverhältnisse im Parlament einwandfrei festzustellen, so vermöge sich die Reichsregierung dem nicht zu widersetzen. Sie selbst sei natürlich an derartigen Verhandlungen nicht interessiert. Auf die Frage Torglers (Komm.), ob die Regierung in einer längeren Vertagung des Reichstags eine „Tolerierung“ durch das Parlament sehen würde, erwiderte der Staatssekretär, auch bei einer Vertagung für längere Zeit halte die Regierung eine unzweideutige Klärung der politischen Lage für unbedingt erforderlich.

Die Ueberraschungen

Die Verhandlungen des Vorkonferenzrats haben also, wie man erwartet hatte, einige Ueberraschungen gebracht. Die erste ist darin zu sehen, daß das Zentrum, das bisher in seiner Presse erklärt hatte, es werde sich wohl keine Partei den Nationalsozialisten zuliebe zu einem Vertagungsantrag bereitfinden, diesen Antrag nun selbst gestellt hat.

Auch die Regierung, die vorher von der veränderten Auffassung im Zentrum unterrichtet wurde, hielt es wohl für zweckmäßig, diesen Stimmungen Rechnung zu tragen, und verzichtete daher auf seine ursprüngliche Absicht, auch eine kurzfristige Vertagung des Reichstags als parlamentarische „Tolerierung“ des Kabinetts für sich auszuweisen. Eine Erklärung in diesem Sinn hätte vielleicht die Annahme der kurzfristigen Vertagung verhindert. Denn die Nationalsozialisten hätten dann vielleicht Kampfbroschüren herbeigebracht, denen die Regierung zwar nicht grundsätzlich ausgewichen wäre, die sie aber zur Zeit noch gern vermeiden möchte. Von diesen Gesichtspunkten aus beurteilt, wird man die zunächst überraschend vorsichtige Haltung der Reichsregierung doch einigermaßen verstehen.

Die Parteien, die zu der neuen Vertagung des Reichstags beigezogen haben, werden also die von ihnen beschlossene Frist von anderthalb Wochen zu dem Verlust eines parlamentarischen Mehrheitsblocks ausnutzen wollen. Ihre bisherige Einstellung entsprechend werde die nationalsozialistische Fraktion wohl Anspruch auf die Führung eines parlamentarischen Mehrheitskabinetts erheben und dafür ihren Führer Hitler vorschlagen. Dann wären wir wieder da angelangt, wo wir bereits Ende November vorigen Jahres standen: vor der Frage einer parlamentarischen Wehrleistungsregierung Hitler. Damals ging dieser Vorstoß vom Reichspräsidenten aus, wurde aber von Hitler abgelehnt, da er nur bereit war, die Führung eines ausgebrochenen Präsidialkabinetts zu übernehmen.

Umbildung der Regierung?

Koalitions- und Fraktionsverhandlungen

Berlin, 22. Jan. Laut WdZ, wird in der nächsten Woche der Reichstag neben seinen Ausschusshandlungen vor allem eine Reihe bedeutsamer Verhandlungen „hinter den Kulissen“ über Erweiterung oder Umgestaltung der Reichsregierung durchzuführen. Hitler werde auch in der kommenden Woche noch in Berlin bleiben. Vermutlich werde das Zentrum Anfang der Woche mit den Fraktionen der Nationalsozialisten, der Deutschen Nationalen, der Deutschen Volkspartei und der Bayerischen Volkspartei Fühlung nehmen. Die Zentrumsfraktion ist bereits für kommenden Donnerstag und Freitag einberufen worden. Sie rechnete damit, daß in dieser Sitzung die

der letzten fünf Jahre von der Verlagsbuchdruckerei Prenz Schmiergebe in Höhe von 500 000 Mark erhalten zu haben. Als Entgelt dafür soll die Verlagsbuchdruckerei von der Junkfunde GmbH, zu deren Vorstandsmittgliedern Knöpfke gehört, die Druck- und Papiertlieferungsaufträge erhalten haben. Die Junkfunde W.G. ist aufgelöst worden. Es wird nun eine Gemeinnützige Gesellschaft mit beschränkter Haftung gegründet, deren Leitung das Reichs-Vorstandsmittglied der Reichsdruckgesellschaft, Direktor Wagner, übernehmen wird.

Die Oesterreichische Nationalbank hat die besugten Geldwirtschaftstellen im Interesse des österreichischen Fremdenverkehrs ermächtigt, von Personen, die laut Reisepaß ihren ständigen Wohnsitz im Ausland haben, Geldarten, die im Ausland unbeschränkt verwirklicht sind, bis zum Wert von 2000 Schilling zur Weitergabe an Privat-Clearings zu übernehmen und abzurechnen.

Der Neuzugewinn-Ausschuß des Völkerbunds hat endgültig festgestellt, daß die Schlichtungsmaßnahmen im chinesischn-japanischen Streit als gescheitert anzusehen seien, da keine der beiden Parteien die Vorschläge des Ausschusses annehme und die japanischen Gegenvorschläge unannehmbar seien. Der Ausschuß werde nun einen Zwischenbericht mit Vorschlägen auf Grund des Artikels 15 Absatz 4 für den Völkerbund ausarbeiten, zu dem nach der Völkerbundsatzung die Zustimmung der streitenden Parteien nicht erforderlich ist. Die außerordentliche Völkerbundversammlung wird möglicherweise Anfang Februar einberufen. Der Völkerbundsrat wird am Dienstag zusammentreten.

wierige und grundsätzliche Auseinandersetzungen über die Regierungsorganisation im Reich ergeben werden. Die Reihe der Fraktionsstimmungen wird übrigens schon am Montag, den 23. Januar, eröffnet durch den Zusammentritt der deutschen nationalen Reichstagsfraktion. Am Dienstag wird auch die bayerische Volkspartei eine Fraktionsstimmung veranstalten.

Die Deutschenverfolgungen in Polen

London, 22. Jan. Ein Sonderberichterstatter des „Manchester Guardian“ schreibt dem Blatt aus Bromberg ausführlich über die rücksichtslose Verfolgung, die die deutsche Bevölkerung in Polen, insbesondere die evangelischen Lehrer, in Polen ausgeübt ist: In Polen und im Korridor ist die Bevölkerung aufs äußerste beunruhigt durch die Angriffe, die die polnische Polizei gegen den deutschen Kinder Gottesdienst in den weit auseinander liegenden Dörfern richtet. Bibelunterricht an Kinder in einer deutschen Sonntagsschule gilt in Polen als ein Verbrechen, das mit sofortiger Schließung der Schule bestraft wird. Wenn ich nicht selbst Verhandlungen am Berufungsgericht in Bromberg anwesend hätte, wo derartige Fälle jede Woche behandelt werden, so hätte ich es nicht für möglich gehalten, daß solche Verhältnisse wirklich der Wirklichkeit entsprechen. Die blutige Verfolgung der deutschen Lehrer und Schüler in diesem Teil Polens spottet aller Beschreibung. Die Kinder dürfen nicht in der Religion ihrer Kinder erzogen werden, und es werden für die evangelische Kirche verloren sein. Den polnischen Beamten macht dieses Wüten aber Freude, in dem so recht der polnische Nationalismus zum Ausdruck kommt, der jede andere nationale Kultur zu vernichten strebt.

Litauen beschwert sich

Romano, 22. Jan. Das Regierungsblatt „Lituanas Vadas“ legt „Bewahrung“ ein gegen die „Memelpropaganda“ in Deutschland. Die Memelpropaganda werde von der deutschen Regierung begünstigt und müsse in Litauen „größte Verwunderung und Beunruhigung hervorgerufen“. Wie könne die deutsche Regierung diese systematisch organisierte Werbemittel gegen einen Nachbarstaat dulden, mit dem normale Beziehungen bestünden und der seinen Vertragspflichten gegenüber Deutschland loyal nachzukommen? Der deutsche Nationalismus scheine darauf auszugehen, Litauen zu überrennen, um sich für seine Expansion den Weg nach dem Baltikum freizumachen.

Dafür, daß die „Memelpropaganda“ „entlich“ organisiert sei, wird man in Litauen wohl keinen Beweis beibringen in der Lage sein. Es bedürfte wirklich keines „amtlichen“ Anstoßes dazu, daß das deutsche Volk aus Anlaß der zehnten Wiederkehr des Tages des Einsalls der Litauer des Memelgebiets besonders herzlich gedacht. Litauen hat es gleiche nicht jedes Jahr in Bezug auf Litauen? Litauen sollte über das, was es selbst pflegt, bei andern nicht „verwundert und beunruhigt“ sein.

Angelsächsische Wirtschaftskonferenz

Berlin, 22. Jan. (Halbamtlich.) Die gemeinsame Erklärung Howders und Roosevelts über die Bereitschaft zur allseitigen Aufnahme der Schulden- und Wirtschaftsverhandlungen mit England wird überall als eine entscheidende Wendung in der europäisch-amerikanischen Politik betrachtet. Für Amerika bedeutet sie die lange erwartete Klärung der Absichten des neuen Präsidenten, und zwar im Sinn einer

Übernahme der Grundzüge, die Hoover in der Schuldenfrage entwickelt hat. Für die europäischen Schuldner, vor allem für Frankreich, das sich seit Dezember oft genug um Verhandlungen mit Amerika bemüht hat, enthält sie die deutliche Belehrung, daß die Vereinigten Staaten nicht gewillt sind, sich durch einseitige Zahlungseinstellungen vor vollendete Tatsachen stellen zu lassen: Amerika verhandelt vorläufig nur mit England und den übrigen Ländern, die ihren Verpflichtungen nachkommen sind, über eine Neuregelung, die nach Lage der Umstände nur in einer durch mehr oder weniger große wirtschaftliche Zugeständnisse zu erkauender Herabsetzung der Kriegsschulden bestehen kann. Ob gegebenenfalls mit einer Streichung gerechnet werden kann, ist dabei die wichtigste, aber bewußt offen gelassene Frage.

Andererseits sind die offenen Fragen, auf die erst noch die Sachverständigen der Weltwirtschaft resigniert hingewiesen haben, überraschend schnell geklärt worden. Amerika erkennt die Wechselwirkung zwischen Schulden- und Wirtschaftsfragen an. Es ist sogar bereit, sie gleichzeitig zu behandeln. Es wird, was England betrifft, auf wirtschaftlichem Gebiet über die Goldwährung und über die Einfuhrzölle verhandelt, wobei es den von der Pfundbewertung ausgehenden Preisdruck zu beseitigen und seine Ausfuhr nach England zu beleben bestrebt sein wird. Die Wichtigkeit dieser Gegenstände läßt die schon heute in englischen Blättern geäußerte Annahme begründet erscheinen, daß die kommenden Verhandlungen mit Amerika die Gleichheit für die nächsten Monat geplante Weltwirtschaftskonferenz in ihrer Bedeutung beinträchtigen werden. Das wäre aber trotz gewisser Lieblingspläne Macdonalds dann kaum Verlust, wenn damit die Aufgabe dieser Konferenz so wesentlich gefördert würde, daß sie in der Hauptsache nur noch eine registrierende Tätigkeit hätte. Es könnte deshalb durchaus wahrscheinlich, wenn Macdonald schon jetzt die Absicht geschrieben wird, die Verhandlungen mit Amerika persönlich zu führen.

Ulmer Kommunisten vor dem Reichsgericht

Leipzig, 22. Jan. Unter der Anklage der Vorbereitung zum Hochverrat hatten sich der 40jährige Kraftfahrer Georg Siegwart und der 25jährige Arbeiter Christian Zimmermann, beide aus Ulm, vor dem 5. Strafsenat des Reichsgerichts zu verantworten. Beide Angeklagte sind langjährige Funktionäre der kommunistischen Partei. Siegwart ist technischer Leiter der kommunistischen Ortsgruppe in Ulm und dort auch Stadtrat. — Der Hauptbelastungszeuge in diesem Prozeß der Oberprokurator Spruiß, war vom Nachrichtenzug der 5. Fahrbatterie im Sommer 1931 zur weiteren Ausbildung zu einem Schmiedemeister in Ulm abkommandiert worden. Dort lernte er den Angeklagten Zimmermann kennen, der sich jedoch erst ein halbes Jahr später als kommunistischer Funktionär zu erkennen gab. Im Februar 1932, so befanderte der Zeuge, habe er Zimmermann erzählt, daß der Oberfahrer Härtner wegen tückischen Angriffs auf einen Vorgesetzten und Behördensperre im Arrest sitze und demnach die für den Verleumdung erforderliche Vollmacht auf einer Niporettschachtel ausgestellt habe. Nach der Rückkehr soll dann insbesondere Siegwart verflucht haben, den Spruiß gegen seine Vorgesetzten auszuheben. Auch sollen beide Angeklagten jede Gelegenheit wahrgenommen haben, den Oberprokurator über Einzelheiten aus dem militärischen Nachrichtendienst auszuforschen. Endlich soll man verflucht haben, ihn zum Photoaraphieren von technischen Einrichtungen seines Truppenteils und zum Diebstahl einer Chiffriermaschine zu verleiten. Beide Angeklagten wurden daraufhin am 19. März 1932 verhaftet.

Das Reichsgericht verurteilte wegen Vorbereitung zum Hochverrat Siegwart zu 2 Jahren 3 Monaten Gefängnis, Zimmermann zu 2 Jahren Gefängnis. Den Angeklagten wurde die Ueberzeugungsfähigkeit zugesprochen und die Untersuchungshaft in Höhe von 10 bzw. 9½ Monaten auf die Strafe angerechnet. Auf Grund der Beweisaufnahme ist der Senat zu der Ueberzeugung gelangt, daß sich die Angeklagten einer Verletzung der Reichswehr schuldig gemacht haben. Soweit die beiden Kommunisten auch noch wegen versuchten Landesverrats angeklagt waren, erfolgte Einstellung des Verfahrens auf Grund des Amnestiegesetzes. Da die Angeklagten aus politischen Motiven behandelt haben.

Jugend unterm Hammer

Zeitroman von Helmut Messerschmidt
Urheber-Rechtsschutz für die deutsche Ausgabe:
Drei Quellen-Verlag, Königsbrück (Sa.)

Mitten in diesen wilden „Kriegszügen durch Feindesland“ wurde dem Lehrersohn Heinrich Bredenkamp ein köstliches Erlebnis zuteil. Die Abteilung, die unter seiner Führung stand, hatte ein Bauernmädchen gefangen genommen. Hanna Schulte-Dieckhoven hieß es. Er hatte seine Beute gründlich ausgeguckt dafür, daß sie ein Mädchen befreite. Als er dem weinenden Mädchen die Freiheit wiedergab, sah er sich so selbst an, daß ihm tausend Seligkeiten in den Gliedern sprühten und in seine Seele eine nie gekannte Spannung trat.

Der Wunsch, Hanna wiederzusehen, trieb ihn zu Beginn der Herbstferien an, auf ihrem elterlichen Gut nachzufragen, ob er bei der Kartoffelernte helfen könne. Er wurde angenommen, und zwischen ihm und dem Mädchen entwickelte sich eine herzliche Kinderfreundschaft.

„Das war eine feine Zeit“, sagte Bredenkamp leise zu den Kameraden, „weil sie das jetzt alles werden wird!“

„Wir halten auf alle Fälle fest zusammen!“ schloß Hans Bungere die Erinnerungen ab. „Wenn du nicht hochmütig wirst, weil du jetzt auf die hohe Schule kommst“, wandte er sich an Bredenkamp, und, auf Willi Barnscheid und Ludger Borrings deutend, „und ihr nicht meint, ihr wäret mehr als ich und den Ströden, wenn ihr Schreiber seid und wir bloß mit den Händen arbeiten müssen, dann bleiben wir immer gut Freunde.“

China unnachgiebig

Genf, 22. Jan. In den Vermittlungsbemühungen des Völkerbunds im chinesisch-japanischen Streit ist eine neue Verschärfung der Lage zu verzeichnen durch eine von der chinesischen Vertretung veröffentlichte Erklärung, in der dagegen Einspruch erhoben wird, daß der Neunzehnerausschuß zu den chinesischen Vorschlägen hinsichtlich des vorgeschlagenen Ermittlungsverfahrens, das bereits im Dezember eingebracht worden sei, überhaupt noch nicht Stellung genommen habe, dagegen über japanische Vorschläge verhandelt. Die chinesische Vertretung hat daraufhin ihre eigenen Vorschläge der Öffentlichkeit übergeben. Sie besteht darauf, daß der Völkerbund sich gegen die Anerkennung des Mandchurenstaats ausspricht; China werde in dieser Forderung auf keinen Fall nachgeben. Auch in den anderen Punkten der Entscheidung des Neunzehnerausschusses vom Dezember nimmt China eine Haltung ein, die derjenigen Japans entgegensteht. Die Aussichten einer Lösung der Schwierigkeiten werden immer geringer.

Neue Nachrichten

Verbot kommunistischer Kundgebungen

Berlin, 22. Jan. Polizeipräsident Dr. Meißner hat mit Rücksicht auf die aufreizende Schreibweise der kommunistischen Presse für den heutigen Sonntag alle kommunistischen Umzüge und Versammlungen unter freiem Himmel in folgenden Bezirken verboten: Mitte, Prenzlauer Berg, Kreuzberg, Tiergarten, Charlottenburg, Wilmersdorf, Schöneberg, Neukölln, Treptow nördlich des Kanals, Pantow, Friedrichshain, Wedding und Weißensee. Der Bülow-Platz liegt im Bezirk Berlin-Mitte. — Am Sonntag findet in Berlin ein nationalsozialistischer Aufmarsch, besonders am Bülow-Platz, statt. Bei der geplanten kommunistischen Gegenkundgebung waren daher Zusammenstöße zu befürchten.

SA-Führer in Düsseldorf erschossen

Düsseldorf, 21. Jan. Als am Freitagabend eine Abteilung der nationalsozialistischen SA aus einer Versammlung sich auf dem Heimweg befand, wurde sie aus einem kommunistischen Versteckort erschossen. Dabei fielen ungefähr 20 Schüsse. Der Führer der Abteilung, Wilhelm Wettemp, wurde tödlich getroffen.

Der Bundesvorstand des ADGB beim Reichspräsidenten

Berlin, 22. Jan. Der Herr Reichspräsident empfing gestern Vertreter des Bundesvorstands des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbunds und des Allgemeinen Freien Angestelltenbunds zur Entgegennahme eines Berichts über die Notlage in der Arbeiterschaft Deutschlands und gleichzeitig von Vorschlägen auf wirtschaftlichem, handelspolitischem und sozialem Gebiet.

Aufstand in Französisch-Senegal

Paris, 22. Jan. Im Innern Senegals, nahe der Grenze von Mauretanien, ist es zur Erhebung eines Eingeborenentums gekommen. Nördlich des Senegalflusses kam es zu einem Kampf mit dem Militär; die Aufständischen wurden in die Flucht geschlagen. Auf ihrem Rückzug zerstörten sie die Telegraphenlinien zwischen Aleg und Mudjeria.

Interessante Entdeckung

Barcelona, 22. Jan. Die Entdeckung einer kommunistischen Bombenfabrik in Igualada führte zu der Feststellung, daß das Material zu der Bombenherstellung von einem in der französischen Kolonie in Barcelona wohnenden Altmittelhändler namens Julienne aus Frankreich geliefert worden ist. Er wurde verhaftet; er will nicht gewußt haben, welchem Zweck seine Lieferungen dienen sollten.

Ein Manifest de Valera

Dublin, 22. Jan. De Valera veröffentlichte ein Manifest, in dem er u. a. heißt: Wir beabsichtigen 1. den Senat in seiner jetzigen Form abzuschaffen, oder, falls die Beibehaltung einer zweiten Kammer beschlossen wird — die Zahl der Mitglieder dieser Kammer beträchtlich zu verringern; 2. die Zahl der Landtagsabgeordneten zu verringern, jedoch wird diese Einschränkung erst nach den nächsten allgemeinen Wahlen erfolgen. Wir wollen 3. in der nächsten Session ein Gesetz durchbringen, um die Eisenbahn vor dem Zusammenbruch zu bewahren und um eine Kontrolle des Transportwesens auf den Eisenbahnen und den Landstraßen zu erhalten.

„Nawohl“ bekräftigten alle, „wir halten fest und treu zusammen!“

Ein paar Tage später fand sich Heinrich Bredenkamp im Lehrerseminar zu Essen ein, um die Aufnahmeprüfung zu machen.

Viel leichter als er gedacht hatte, lief alles ab. Von den hundertundzwei, die sich prüfen ließen, wurden nur siebzig aufgenommen, so daß schon ziemlich stark ausgelesen werden mußte. Aber er schaffte es spielend.

Die siebzig Präparanden bildeten zwei Parallelklassen. Man glaubte, nach dem Kriege würde man viele Lehrer für neueroberste Gebiete brauchen, und ließ an allen Lehrerbildungsanstalten mehrere Klassen nebeneinander laufen, um später den Bedarf decken zu können.

Von den siebzig Präparanden, die Ostern 1918 in Essen in die Lehrerausbildung eintraten, konnten sich Ostern 1924 nur sieben zur ersten Lehrprüfung melden. So gründlich war in den sechs Jahren geliebt worden. Und von den sieben fiel im Schlussexamen noch einer durch.

Die anderen sechs Junglehrer sind niemals Volksschullehrer geworden, weil nicht einmal für sie Stellen freigemacht werden konnten.

Siebzig junge Menschen glaubten felsenfest an ihre Zukunft — alle siebzig wurden verachtete Existenzen ...

Die neue Welt in der Bredenkamp nun lebte, nahm so sehr von ihm Besitz, daß er alle äußeren Widerwärtigkeiten kaum mehr spürte.

Neue Kameraden, neue Lehrer, die tägliche Eisenbahnfahrt zur Schule, die andere Umgebung, die andere Beherweise — alles das verlangte Umstellung, warf ihn aus dem

Konferenzregelung der Schuldenfrage

Washington, 22. Jan. Ueber die Besprechung Hoovers mit Roosevelt wird eine amtliche Mitteilung bekanntgegeben: Die beiden Präsidenten haben sich geeinigt, daß die neue Regierung (Roosevelts) mit denjenigen Staaten, die ihre Schuldentrate im Dezember an Amerika bezahlt haben, auf einer Konferenz in Washington über die Regelung der Kriegsschuldenfrage, zu verhandeln.

Roosevelt steht nach weiteren Berichten auf dem Standpunkt, Amerika könne in der Schulden- und Weltwirtschaftsfrage nicht einseitig Opfer bringen. England müsse Amerika einen Ausgleich durch Handelsvergünstigungen und Wiederaufnahme der Goldwährung bieten.

In der Besprechung soll auch die Lage in Ostasien behandelt worden sein, doch sah man mit Rücksicht auf die Genfer Verhandlungen davon ab, eine öffentliche Mitteilung darüber zu machen.

Württemberg

Württembergischer Gemeindegtag

Stuttgart, 22. Jan. Unter starker Beteiligung hielt am Samstag der Württ. Gemeindegtag im Saal des Sieglers für Arbeitsbeschaffung, Dr. Gercke, Berlin, verteidigte in längeren Ausführungen seinen Plan. Nach einer vorläufigen Berechnung der eingegangenen Voranmeldungen sei das „Sofort-Programm“ der Reichsregierung bereits vier- bis fünfmal überzeichnet. Wenn gerade Bayern, das das Programm besonders kritisiert, nicht bereit sei, zu diesen Bedingungen Kredite aufzunehmen, dann würde sich Württemberg sicher freuen, wenn es den bayerischen Anteil übernehmen könnte. Die Großindustrie habe bis jetzt nichts Besseres vorgeschlagen können. Die private Initiative werde keineswegs ausgeschaltet. Der sog. Gercke-Plan sei vielmehr eine Ergänzung des sog. Papen-Programms, das allein nicht genüge. Sein Plan sei kein „Irrsinn“.

Es wurde eine Entschliessung angenommen, in der u. a. eine wesentliche Erweiterung des an sich zu billigen Arbeitsprogramms und eine günstigere Gestaltung der Bedingungen für Tilgung und Verzinsung der Kredite gefordert werden.

Die Herabsetzung der Altersgrenze

Stuttgart, 22. Jan. Die Kleine Anfrage der Abg. Murr und Genossen betr. Herabsetzung der Altersgrenze auf das 65. Lebensjahr hat das Staatsministerium wie folgt beantwortet: Die Frage, ob auf dem in der Kleinen Anfrage vorgeschlagenen Weg bei Herabsetzung der Altersgrenze für den Uebertritt der Beamten in den Ruhestand vom 67. auf 65. Lebensjahr eine finanzielle Mehrbelastung des Staats vermieden werden kann, muß verneint werden. Nach den angestellten genauen Berechnungen wäre auch dann, wenn die vorgeschlagene Nachfolgerperiode durchgeführt würde, noch mit einem jährlichen Mehraufwand von 352 000 RM. bei rund 140 Altersgrenzenpensionären zu rechnen. Schon im Hinblick auf diesen sehr erheblichen Mehraufwand ist das Staatsministerium nicht in der Lage, einen Besetzungswurf über die Herabsetzung der Altersgrenze auf das 65. Lebensjahr beim Landtag einzubringen. Außerdem könnte die Nachfolgerperiode in der vorgeschlagenen Weise bei einer so großen Verwaltung wie der Kultverwaltung aus technischen Gründen nicht durchgeführt werden. Die Personalverhältnisse in den beteiligten Laufbahnen würden nach kurzer Zeit so unübersichtlich werden, daß keine Gewähr mehr für die Einhaltung des Haushaltsplans übernommen werden könnte.

Gegen eine Erleichterung der Zurubeführung der über 60 Jahre alten Beamten hätte das Staatsministerium nichts einzuwenden. Einstweilen könnte durch Verwaltungsanordnung bestimmt werden, daß bei über 60 Jahre alten Beamten, die aus dem Dienst scheiden wollen, ein milder Maßstab hinsichtlich der Feststellung der Dienstunfähigkeit oder der Hemmung durch Alter angelegt werde.

Die Preisnotierung am Schlachtviehmarkt

Stuttgart, 22. Jan. Die Kleine Anfrage der Abg. Vins u. Gen. betr. Preisnotierung des Stuttgarter Schlachtviehmarktes hat das Wirtschaftsministerium wie folgt beantwortet: Der Stuttgarter Schlachtviehmarkt folgt bei der Veröffentlichung seiner Preisnotierungen denselben Grundregeln wie die übrigen großen Schlachtviehmärkte; danach bezweckt die Notierung die Angabe von Durchschnittspreisen, bei deren Festsetzung Tiere höchsten Schlachtwerts ebenso wie die der niedersten Klasse außer Betracht bleiben. Bei seiner engen Verflechtung mit anderen Märkten kann der Stuttgarter Markt, wenn er seine große Bedeutung für die Aufnahme des von den Erzeugern abgestoßenen Schlacht-

gewohnten Glets, und er brauchte lange Zeit, bis er sich in dieser neuen Welt heimlich fühlte.

Darüber vergaß er seine Volksschulfrunde, vergaß die Strafe, vergaß Elend, Hunger und Kriegsleid, und auch Hanna Schulte-Dieckhoven schwand eine Weile aus seinem Gesichtskreis.

An einem Sommerabend saß er in seinem Zimmer über mathematische Hausarbeiten gebeugt. Durch das Fenster drangen einzelne Stimmen der Hausbewohner herein, die draußen auf der Bank saßen und den Abend verplauderten. Mitten in seine Rechnung herein klang plötzlich der Name „Bungert“.

Bredenkamp horchte auf. Eine Frauenstimme sagte: „Heut mittag ha'm se'n nach Haus geschafft. Da ha'm se gleich bei Krupp angerufen, ja, un de Frau Bungert is direkt gefahren gekommen, aber wie se hinfam, da war er schon dot ...“

Bredenkamp fuhr zusammen. Ihn überließ es eiskalt. „So nich möglich ...“

„Ja, de Fritz Runge, de arbeit mit ihm zusammen in der Spinnerei, de hat eben vor mich gefagt. De hat mit tragen geholfen ...“

„Aber wie is denn dat bloß gekommen?“

„De hat immer schon so blaß un dürr ausgesehen un schon paarmal schwindelige Anfälle gehabt. De Doktor sagt, et wär Grippe, un er hätt sich nich gefahnt. Aber de Grippe soll nu an alles schuld sein. Fritz Runge sagt, de wär verhungert, un dat wird wohl auch stimmen.“

„Is schrecklich, bei der alten Hedmöhlen ha'm se auch gefagt, dat sie wär verhungert; für Kinder und Olle is ne schreckliche Zeit nu.“

(Fortsetzung folgt.)

trafen von insgesamt nahezu 25 Jahren kam der jetzt 55 Jahre alte geschiedene Beamte Wilhelm Klaffen von Medtenburg-Schwerin nach Stuttgart, wo er einen ganz neuartigen Schwindel aufziehen wollte, um sich die Mittel zu beschaffen, ein im Zuchthaus ausgedachtes System für das Roulettespiel in Monte Carlo auswerten zu können. Er verführte einen „Berein junger Mädchen“ zu gründen, wobei er sich auf den edlen Menschenfreund hinausspielte und sich als Deutschamerikaner ausgab, der sein ganzes Vermögen von 6 Mill. Dollar zugunsten der arbeitslosen Vereinsmitglieder verwenden wolle. Jedes Mitglied hatte selbstverständlich sofort eine Beitrittsgebühr zu entrichten. Ehe es ihm gelang, seinen bis in alle Einzelheiten ausgedachten Plan zu verwirklichen, hatte die Kriminalpolizei ihn sichergestellt. Seine Ausbeute aus der Vereinsgründung betrug nur wenige Mark. Die Große Strafkammer verurteilte Klaffen wegen Rückfallbetrugs und Urkundenfälschung zu einem Jahr Zuchthaus. Außerdem wurde auf eine Geldstrafe von 100 Mark erkannt.

Bombenexplosion in Sevilla. Gegen das Volkshaus in Sevilla wurden in der Nacht zum Samstag zwei Bomben geworfen. Die Zündschnur der einen wurde vom Pförtner des Volkshauses unmittelbar vor der Explosion mit Wasser gelöscht, die andere explodierte und verletzte vier Kinder, eine Frau und sieben Männer. Drei Personen wurden verhaftet.

Englischer Dampfer gesunken. Der englische Handelsdampfer „City of Exeter“ ist nach dem Zusammenstoß mit einem andern Schiff gesunken. Die Besatzung hatte das Schiff bereits verlassen. Ein amerikanischer Dampfer nahm 22 Schiffbrüchige auf, vier ertranken.

Amfliche Dienstnachrichten

Ernannt: Die Obersekretäre nach bei der Verwaltung der Universität und Starg bei der Kasse der Landwirtschaftlichen Hochschule zu Rechnungsleiter der Bes. Br. A 7b ernannt.

Verteilt: Den Obersekretären Herrmann bei der Verwaltung der Landw. Hochschule und Jung bei der Verwaltung der Technischen Hochschule die Amtsbezeichnung „Rechnungsrat“.

Verteilt: Rassenoberinspektor Scheitberger in Ulm (Bahnhof) als Rassenoberinspektor nach Stuttgart (Reichsbahndirektion), Güterinspektor Raft in Rürthgen nach Balingen (Wilder), der technische Reichsbahninspektor Fischer in Stuttgart (Bahnmeisterei 2) nach Oberndorf als Vorsteher der Bahnmeisterei und Reichsbahnobersekretär Bock in Waupheim Stadt nach Ulm (Reichsbahn-Verkehrsamt).

Württembergische Landesheater

In Richard Wagners „Das Liebesverbot“, das am Mittwoch, den 25. Januar, im Großen Haus als Erkaufführung erscheint, sind beschäftigt: die Damen Brühl, Kapper, Koster und die Herren Sühns, Windgassen, Roth, Schögl, Bitterauf, Bohalm, Buchta, Frig, Musikalische Leitung: Franz Konwitschny. Regie: Harry Stangenberg. Länge: Lina Gerzer. Chöre: Hubert Heinen.

Sendefolge der Stuttgarter Rundfunk AG.

Donnerstag, 24. Januar:

6.15: Zeitangabe, Wetterbericht, Gemischtes. 7.15: Zeitangabe, Nachrichten, Wetterbericht. 7.25-8.50: Schallplatten. 9.00: Nachrichten. 9.15: Wieder von Oswald Geig. 10.00-11.10: Schallplatte: Aus dem Wirtshausleben von Schmid. 11.15: Nachrichten. 11.30: Wetterbericht. 12.00: Konzert. 12.15: Zeitangabe, Nachrichten, Wetter- und Schneebereicht. 12.40: Schallplatte. 13.30-15.00: Englischer Sprachunterricht für Fortgeschrittene. 16.00: Winternachrichten. 16.30: Fremdsprachen: Die allerschöne Frau und die Gefährlichkeit. 17.30: Konzert. 18.00: Zeitangabe, Wetterbericht, Landwirtschafsnachrichten. 18.15: Vortrag: Wulfes Post. 18.35: Vortrag: Beobachtungen am fernen Rand und Wagners im Herbst 1932. 19.00: Zeitangabe, Nachrichten. 19.15: Schweizer Jodel. 19.45: Wied. der Tonkunst: Wolfgang Amadeus Mozart. 21.15: Deutsches Konzert. 22.15: Zeitangabe, Nachrichten, Wetter- und Schneebereicht. 22.45-24.00: Nachtmusik.

Programmbeirat beim Süddeutschen Rundfunk

Die Württ. Regierung hat im Benehmen mit dem Reichsministerium des Innern und der Badischen Regierung für das Jahr 1933 folgende Persönlichkeiten in den neu zu bildenden Programmbeirat der Südd. Rundfunkgesellschaft berufen. A. Württembergische Vertreter: Barrer, Fisterer, Vorsitzender der evang. Rundfunkarbeitgemeinschaft Württembergs, Oberregierungsrat Bögl, Vorsitzender der kat. Rundfunkarbeitgemeinschaft Württembergs; Generalmusikdirektor Professor Leonhard; Oberstudiendirektor Dr. Binder; Direktor Bäuerle, Vorliegen-

der des Vereins zur Förderung der Volkshilfe; Frau Professor Riff als Vertreterin der württ. Frauverbände. — B. Badische Vertreter: Dr. Döhler in Freiburg; Kapitän a. D. Werber in Freiburg; Professor Philipp, Direktor der Badischen Hochschule für Musik in Karlsruhe; Professor Dr. Andreas, zur Zeit Rektor der Universität Heidelberg; Eberts, Leiter der öffentlichen Musikbücherei in Mannheim.

Was ist „Sandblatt“?

Die mildesten und reifsten Blätter an der Tabakpflanze sind die sogenannten Sandblätter. Ganz unten am Stock wachsend, sind dieselben gegen allzu grelle Sonne geschützt. Die vom Boden ausströmende Wärme fördert in besonderer Weise die Reife der Sandblätter. Der sandblattgedeckte Villiger-Mocca-Spezial zu 10 Pfg. ist in seinem Aroma mit einer herrlichen, reifen Frucht zu vergleichen.

Villiger-Stumpfen sind etwas Besonderes!

Preislagen 8, 10 und 15 Pfg.
Villiger Söhne, Tübingen-Baden, München 25

Handel und Verkehr Die Marktlage

Das Frostwetter war von günstigem Einfluß auf den Buttermarkt. Die Nachfrage war etwas besser als in der Vormoche, während die Zufuhren von Inlandware mindestens nicht zugenommen haben. Die Vorräte beim Kleinhandel waren an- nähernd verbraucht, so daß für den Großhandel bessere Ab- läg- möglichkeit bestand. Zu einer Preiserhöhung reichte es aber nicht. Kempten behält die außerordentlich gedrückte Notierung von 87 bzw. 75 Mark bei (1932: 127). Und vorerst scheint auch für eine Besserung wenig Aussicht zu sein. Die Stadtbevölkerung verzehrt eben zu wenig Milch, so daß diese zwangsläufig verbuttert werden muß. Dazu kommt, daß gegenwärtig in den Stadtgemeinden die Inventurausverkäufe stattfinden, die manchen Geldbeutel in Anspruch nehmen, und am Ende wird dann halt am Butter gespart, der leider für so viele mehr oder weniger Luxusartikel geworden ist. Das Jahr 1932 kann man ohne Uebertreibung ein Not- stropfenjahr für die Butter nennen. Seit sechs Jahren sind die Butterpreise ständig rückgängig, aber einen solchen Tiefstand wie am Ende des vorigen Jahres haben sie noch nie erreicht. Die Zoll- erhöhung durch die Notverordnung vom 18. 1. 32 blieb wegen des fortschreitenden Verfalls der Währungen der nordischen Länder wirkungslos, zumal diesen Ländern der englische Markt durch die australische Konkurrenz erfolgreich freitig gemacht wurde. Es ist wohl zu beachten, daß die Milch- und Buttererzeugung allgemach auf der südlichen Erdhälfte ganz übermäßig kultiviert wird. So ließ sich z. B. Neuseeland dänische Landwirtschaftslehrer und Praktiker kommen, die allerdings die neuseeländische Milchwirtschaft auf eine hohe Stufe brachten. Gegen diese Verhältnisse sind alle feineuropäischen Staaten und zum Teil auch England haben daher zu dem Mittel der Kontingentierung oder des Einfuhrverbots ge- griffen — Deutschland wird daran auch nicht vorbeikommen kön- nen, wenn seine Landwirtschaft gerettet werden soll.

Im Käsegeschäft blieben die Umsätze bei geringer Nach- frage sehr klein. Im Allgäuer Erzeugungsgebiet wurde in der Folge der Preis für Weichkäse auf 9,3 für Emmentaleremilch auf 9,5 Pfennig je Liter gedrückt. Start war das Angebot beson- ders in Ulm, der jetzt in den Lagerhäusern überfüllt ist. Die Kemptener Notierung für prima Ware blieb bei 17-19 Mk., jedoch dürfte nur in Ausnahmefällen über 18 Mk. bezahlt worden sein. Gegenwärtig die Unterbietung, namentlich von der Schweiz her, machten weiterhin das Geschäft in Emmentaler weiterhin schwierig und die Kemptener Notierung von 72-77 und 63-68 Mk. war mehr nominal, beste Ware war schon zu 65 und 66 Mk. zu haben. Die Stimmung an den Käsemärkten leidet überdies unter der Ge- fahr, daß infolge des Zusammenbruchs der deutschen Butterpreise die Landmilch noch stärker als bisher Käse herstellen wird. In Eger geschäft waren Nachfrage und Erzeugung wieder etwas größer, und trotz starken Angebots besonders aus Holland, Belgien und Dänemark konnten sich die Preise für leichtere Frisch- eier im allgemeinen behaupten, schwere Ware büßte vielfach 1/2-1 Pfg. je Stück ein. Auf den Schlachtviehmärkten war das Geschäft recht

Unstet. Am besten haben die Waidmarkte abgekommen, die fast durchweg bessere Notierungen aufwiesen, allerdings haben sie damit eben die Verluste der Vormoche einigermaßen ausgeglichen. Auch Bullen konnten leicht anziehen. Das Geschäft in Ochsen und Kühen war verhältnismäßig gering. Auch das Schweinegeschäft verlief schleppend bei unveränderten Preisen. Auf dem Obstmarkt machte sich der Rückgang des italienischen Angebots bemerkbar. Inlandware konnte glatt abgesetzt werden, die Preise zogen leicht an. Amerikanische Äpfel waren dringend angeboten. Auf dem Gemüsemarkt trat keine Veränderung ein. Die Preislage blieb im allgemeinen behauptet. Im Wein- geschäft hat die starke Nachfrage nachgelassen; die Spekulation, die die Preise im Hinblick auf Amerika-Hoffnungen hochtrieb, hat sich anscheinend vorläufig genügend eingedeckt und verhält sich jetzt abwartend. Die Tendenz blieb jedoch fest.

Berliner Pfandkurs, 21. Jan. 14.12 G., 14.16 B.
Berliner Diskontokurs, 4.209 G., 4.217 B.
100 franz. Franken: 16.42 G., 16.46 B.
100 Schweizer Franken: 81.12 G., 81.26 B.
100 österreichische Schilling: 51.95 G., 52.05 B.
Reichsbankdiskont 4, Lombard 5 v. H.
Privatdiskont 3,75 v. H. kurz und lang
Dt. Abt.-Ant 68,87, ohne Ausl. 9,5
Württ. Silberpreis, 21. Jan. Grundpreis 38,90 M d. Ag.

Die Großhandelsmehlzahl vom 18. Januar ist mit 90,9 gegen- über der Vormoche (91,2) um 0,3 v. H. zurückgegangen. Agrar- stoffe 80,7 (weniger 0,9 v. H.), industrielle Rohstoffe und Halb- waren 87,3 (unv.), industrielle Fertigwaren 112,8 (weniger 0,5 v. H.).

Dänisches Einfuhrverbot. Der dänische Landwirtschaftsminister hat die Einfuhr von Knochen-, Fleisch- und Blutmehl verboten.

Zementabfah 1932. Im Jahr 1932 betrug der Zementabfah 2,8 gegen 3,7 Mill. im Vorjahr und 7,8 Mill. Tonnen 1928. Da- mit ist der Abfah auf eine Stufe gesunken, wie sie — abgesehen vom letzten Kriegsjahr und den beiden ersten Nachkriegsjahren — zuletzt im Jahr 1898 erreicht wurde. Die Zementabfah betrug in 1000 Tonnen: 1930: 123; 1931: 75; 1932 (Jan.-Nov.): 81. Die Ausfuhr belief sich auf 952 bzw. 576 bzw. 294 Tonnen.

Der Streik der Londoner Autodroschkenschafter hat sich ver- schärft. Am Samstag befanden sich etwa 10 000 Mann im Aus- stand.

Stuttgarter Börse, 21. Januar. Die heutige Börse war wiederum feister. Am Rentenmarkt waren die Goldanleihe gut gehalten, Mittelanleihe 69 v. H. (mehr 1/2), Reubest-Anleihe 9 1/2 (mehr 1/2). Der Aktienmarkt war bei guten Umsätzen feister. Gehandelt wurden vornehmlich Daimler-Benz-Aktien 21 1/2 v. H. (mehr 1/2), Fr. Hel- ser-Aktien 129,6 v. H., Südd. Zucker-Aktien 140 1/2 v. H. (mehr 3/4), Kasse: W. Farbenindustrie-Aktien 103 v. H. (mehr 1/2), Fein- mechanik Luitlingen Aktien 24 1/2 v. H. (weniger 1/4), Fr. Hel- ser-Aktien 130 1/2 v. H., Gebr. Jungbans-Aktien 24 v. H., Südd. Zucker- Aktien 140,75 v. H. (mehr 5/8), Württ. Holzwerkstoffe Brauerei- Aktien 65 v. H., Deutsche Bank und Disconto-Gesellschaft-Aktien 73 v. H., Württ. Hypothekbank-Aktien 68 1/2 v. H., Württ. Noten- bank-Aktien 95 v. H.

Berliner Getreidepreise, 21. Jan. Weizen märk. 18,20-18,40; Roggen 14,90-15,10; Braugerste 16,50-17,50; Futter- und In- dustriegerste 15,80-16,40; Hafer 10-11,30; Weizenmehl 32,50 bis 25,75; Roggenmehl 19,40-21,50; Weizenkleie 8,75-9; Roggen- kleie 8,70-9.

Der Roggenpreis an der Berliner Börse betrug in der Woche vom 2. bis 7. Januar 1933 15,38 Mk. je Doppelzentner ab märkischer Station.

Magdeburger Zuckerpreise, 21. Jan. Innerhalb 10 Tagen 84,66, Jan. 31,60-31,65, Febr. 31,80. Stetig.

Berliner Metallmarkt, 21. Jan. Elektrolyt Kupfer prompt off Nordseehäfen 46,50 M je 100 kg.

Bremen, 21. Jan. Baumwolle Middl. Univ. Stand. 105: 7,85.

Märkte

Stuttgarter Obst- und Gemüsemarkt, 21. Januar: Obst: Tafeläpfel 14-22; Rohäpfel 10-13; Tafelbirnen 18-30; Koch- birnen 12-18; Walnüsse 25-30. Gemüse: Kartoffeln 2,5-3; Endivienfals 5-12; Wirsing (Rohkraut) 5-6; Filderkraut 3-4; Weißkraut (rund) 3-4; Rotkraut 4-5; Blumenkohl 20-45; Rosenkohl 10-18; die 1 Bb. 15-20; Grünkohl 5-10; rote Rüben 3-6; gelbe Rüben 4-5; Karotten, runde, 1 Bb. 15-20; Zwiebel 5-7; Rettiche 3-8; Monatsrettiche 10-15; Sellerie 1 Stück 6-18; Schwarzwurzeln 20-30; Spinat 18-25.

Württ. Markenbutter 1,25 (am 14. Januar 1,25); Leebutter 1. Güte 1,08 (1,08); Leebutter 2. Güte 1,03 (1,03) RM. das Pfund.

Deutsche Stempeler (Adler-Stempel) a 11,5 (11,5); b 11 (11); c 10,5 (10,5); Kühleier 8,75 (8,75); Mittelsteler 9 (9) Pf. das Stck.

Das Wetter

Bei zunehmendem Einfluß des nordöstlichen Hochdrucks ist für Dienstag zwar noch mehrfach bedecktes, aber vorwiegend trockenes, frohiges Wetter zu erwarten.

Am Montag, den 23. Januar 1933, nachmittags 4 Uhr, werden

4 Lindenstämme und 1 Los Reisig

öffentlich versteigert.
Zusammenkunft: Kühler Brunnen.
Wildbad, den 21. Januar 1933.
Stadtpflege.

Musik-Berein Wildbad
E. B.

Der Musikverein erfüllt hiermit die traurige Pflicht, seine Mitglieder vom Ableben seines Dirigenten

Herrn
Ludwig Hagmann
in Kenntnis zu setzen.

Nach zweijähriger, angestrengter Tätigkeit hat es der Verstorbene verstanden, die Kapelle auf eine beachtenswerte Höhe zu führen. Er war der Kapelle ein vorbildlicher Leiter, seinen Untergebenen ein lieber Kamerad und dem Verwaltungsrat eine schwer zu ersetzende Stütze.

Der Verein wird ihm ein dauerndes Andenken bewahren.

Der Verwaltungsrat.

Wildbad, 21. Januar 1933.

Todesanzeige.

Allen Bekannten die Nachricht, daß unser treubesorgter Gatte und Vater

Ludwig Hagmann
Musikdirigent

heute nachmittag im Alter von 55 Jahren sanft entschlafen ist.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Beerdigung Dienstag nachmittag 3 Uhr Stuttgart Pragfriedhof. — Ueberführung heute nachmittag 4 Uhr vom Trauerhaus aus.

Ski für Kinder, mit Bindung von Mk. 3.95 an
für Erwachsene, mit Bindung von Mk. 11.— an
für Erwachsene, echt Ilkory Mk. 15.—
Stiefel, wasserdicht von Mk. 15.— an
alles was der Skifahrer braucht

spottbillig im Sporthaus Kuntze, Pforzheim
nur Kronenstraße 3

Turnverein Wildbad e.V.

Tagesordnung
der am Samstag, den 28. Januar 1933, abends 8 Uhr, im Vereinslokal „Alle Lunde“ stattfindenden

Hauptversammlung:

1. Jahresbericht.
2. Kassenbericht.
3. Entlastung des Vorstandes und des Geldwartes.
4. Wahl des Turnrats, gemäß § 12 Abs. 1 der Satzungen.
5. Das Deutsche Turnfest 1933 in Stuttgart.
6. Verschiedenes.

Der Turnrat.

Evang. Jünglingsverein Wildbad.
Auf vielseitigen Wunsch

Wiederholung
der Weihnachtsfeier
am Sonntag, 29. Januar 1933
abends 8 Uhr, im Hotel „Schwarzwaldbhof“.
Eintritt 50 Pfg.
Programm am Eingang berechtigt zum Eintritt.
Der Meinertrag kommt der Winternothilfe zugut.

Die beste Reklame ist und bleibt das Zeitungs-Inserat